

Sinkende Zuschüsse – sichere Pensionen?

Bernd Marin*

Der allgemeine Trend ist unstrittig - und war auch so erwartbar. Im Gegensatz zur veröffentlichten Meinung hätten nämlich nicht nur Fachleute nicht überrascht sein dürfen: Wenn die Wirtschaft wieder anzieht und sich das Antrittsalter (selbst im Schneckentempo von zwei Monaten jährlich) nach oben bewegt, sind Mehreinnahmen und Minderausgaben für Rentenzuschüsse selbstverständlich. Wir freuen uns alle mit dem Sozialminister.

Aber könnte er nicht, als angeblich realitätsnaher Gewerkschafter, leise redlich hinzufügen, dass rund 90 Prozent Pensionsantritte vor dem 65. Lebensjahr und 70 bis 98 Prozent (bei unkündbaren Beamten) Ruhestand vor dem gesetzlichen Rentenalter vielleicht doch nicht ganz so leiwand, im Klartext: sicher nicht nachhaltig und daher rasch änderungsbedürftig sind? Und übrigens von den öffentlichen Händen auch ziemlich leicht verändert werden könnten.

Strittig bleibt, was genau der derzeitige Trend bedeutet: kann jetzt alles bleiben wie es ist? Sind weitere Reformen überflüssig? Oder weiter unbestimmt vertagbar? Und sind sogar höhere Leistungen, etwa für Teilzeitbeschäftigte (Stöger) oder bei der nächsten Pensionsanpassung (gesetzwidrige Forderung des SP-Pensionistenverbandes) möglich? Oder erfordert längerfristige Pensionssicherung weiter kleine aber laufende Reformschritte?

Denn gegenüber den minimalen Rückgängen von 1,2 und 0,8% zuletzt nur 2015 und 2016 stieg der Bundeszu-

schuss sogar für die PV der Privatwirtschaft seit 2007 über 40 Prozent, der staatliche Pensionsaufwand insgesamt, einschließlich der Ruhegehälter öffentlich Bediensteter, seit 2011 um acht Prozent. Allein bis 2021 wird im Bundesfinanzrahmen ein weiterer Anstieg von 30 (!) Prozent erwartet. Selbst wenn es dann doch „nur“ 28 oder 29% würden, sollte das eher keinen Jubel sondern Besorgnis auslösen. Zufriedenheit damit wäre wie eine über weniger schlimme als prognostizierte oder Rekordarbeitslosigkeit.

Unverzichtbare Reformen

Wenn die tatsächlichen Ausgaben unter den vorsichtshalber überdotierten Bevorschussungen durch das Finanzressort bleiben ist das kein Erfolg, sondern Ausdruck behutsamer Budgetpolitik. Denn über die Nasenspitze der Legislaturperiode hinausgedacht bleiben rasche Reformen unverzichtbar: vorab höhere Beschäftigung aller Altersgruppen, vor allem Jüngerer und Älterer. Starke Verringerung der Berufsunfähigkeit im Erwerbsalter, hier fehlen bisher jegliche meßbare Ziele. Flächendeckender Ausbau betrieblicher Altersvorsorge (bAV) über Kollektivverträge, also Demokratisierung des derzeitigen Minderheitenprogramms Firmenpensionen, sowie ein Recht der Arbeitnehmer auf Entgeltumwandlung zu bAV unabhängig vom Arbeitgeber. Angleichung des vorsintflutlich unterschiedlichen Pensionsalters von Frauen vor 2034, als letztes EU-Land. Automatische Einbeziehung weiterer Lebenserwartungszuwächse beim gesetzlichen Antrittsalter, wie nordischer Vorbilder.

Österreich hat weiterhin einer der höchsten Ausgabenquoten für Pensionen weltweit (nach der Ukraine, bald vor den EU-Problemfällen Italien und Frankreich), keineswegs aber Spitzenpensionen für alle, sondern nur für

wenige privilegierte Nutznießer opulenter (und strukturell korrupter) „Sonderpensionen“ im staatlichen und staatsnahen Bereich. Das Pensionsalter liegt weiterhin deutlich unter dem internationalen OECD- und EU-Schnitt, das System ist nicht nachhaltig sicher. Es als „normal“ anzusehen, dass schon heute jede dritte Pensionen nicht durch Beiträge gedeckt ist, ist uraltes, nicht zukunftsfähiges Denken.

Vorzeitige Neuwahlen wegen Pensionsstreits wird es – im Gegensatz zu 1995 und 2008, wo zwei Mal die ÖVP (mehr) abgestraft wurde – 2017 oder 2018 wohl nicht geben. Aber ohne sehr sehr viel breiteren Minimalkonsens in dieser durchaus existenziellen Frage wird jede Koalition scheitern. Wer erinnert nicht mit Schrecken, wie im Jahre 2000 die Weigerung der Gewerkschaft, einen zwischen den damaligen Großparteien ausverhandelten Pensionskompromiss als Regierungsabkommen zu unterzeichnen zu zwei Wahlperioden schwarz-blau führte?

Objektiv hat es die Sozialdemokratie in Österreich angesichts ihrer seit Jahrzehnten völlig verkorksten Vorgeschichte in Pensionsfragen viel schwerer als Konservative und Liberale: wie sieht ein Plan A für Pensionen aus? Kann sich Kanzler Kern nicht nur für Frankreich, sondern auch zu Hause zwischen Lösungen der *Malaise à la Hamon* oder *Mélenchon* - oder seinem sozialliberalen Favoriten Macron entscheiden?

Kanzler Kern hat höchste Erwartungen geweckt, indem er schon am ersten Tag im Amt mehr Sinnvolles sagte als sein Vorgänger in sieben Jahren. Ein Macher will und kann nur als solcher gewählt werden. Aber Wankelmütigkeit (oder Überschwärm) in Grundsatz- oder Überlebensfragen geht für Macher gar nicht: bei Fragen wie CETA, Flücht-

lings-Relocation und Pensionen muss man genau wissen, was man will – und das Richtige wollen und tun.

DER STANDARD, 14. April 2017,
veröffentlicht unter dem Titel
“Das Pensionssystem ist nicht
nachhaltig sicher”